



Gesetzentwurf

der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein
und dem Heiligen Stuhl**

Federführend ist der Ministerpräsident

Gesetzentwurf zum Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl

A. Problem

Ausgangspunkt der Überlegungen zum Abschluss eines Staatsvertrages war der übereinstimmende Wunsch aller Beteiligten, das umfangreiche, wenig überschaubare und teilweise aus früheren Jahrhunderten stammende Staatskirchenrecht zu aktualisieren und transparenter zu fassen.

Bisher sind die rechtlichen Beziehungen zur Römisch-Katholischen Kirche im **Konkordat** zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 und dem Vertrag des Heiligen Stuhles mit dem Freistaat Preußen vom 14. Juni 1929 geregelt. In der Präambel des Vertrages mit dem Heiligen Stuhl und den Bundesländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein „über die Errichtung von Erzbistum und Kirchenprovinz Hamburg“ vom 22. September 1994 wurde die Anerkennung des Konkordats von 1933 und die Fortgeltung des Vertrags von 1929 bestätigt. Die Rechtsgültigkeit des Reichskonkordats von 1933 ist nach dem Zweiten Weltkrieg umstritten. Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 1957 entschieden, dass es als einfaches Bundesrecht fort gilt und dass für Materien in der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder eine Bundesaufsicht und eine Zwangsgewalt des Bundes hinsichtlich einer Vollzugspflicht der Länder nicht besteht. Der Bund kann die Länder folglich nicht zwingen, sie betreffende Regelungen des Reichskonkordats einzuhalten. Eine Pflicht der Länder dazu gegenüber dem Bund könnte nur durch Schaffung eigener Rechtsgrundlagen durch die Länder selbst begründet werden. Vor dem Hintergrund der unausgeräumten Meinungsverschiedenheiten über die Verbindlichkeit der beiden Konkordate haben die Ministerpräsidenten der Länder am 16./17. Dezember 1993 u.a. aus Anlass der Errichtung des Erzbistums Hamburg 1994 eine Gemeinsame Note an die Apostolische Nuntiatur gerichtet. Darin sind die unterschiedlichen Auffassungen der Länder über die Verbindlichkeit des Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933 und des Vertrages zwischen dem Freistaat Preußen und dem Heiligen Stuhl vom 14. Juni 1929

vermerkt worden. In den Verhandlungen über den am 29. November 2005 geschlossenen Staatsvertrag mit der Hansestadt Hamburg hat der Heilige Stuhl zum Ausdruck gebracht, dass er zumindest einen impliziten Akt der Anerkennung der Konkordate erwarte. Deren vollständige Ersetzung könne nicht in Betracht kommen. Die Frage der Fortgeltung der Konkordate müsse zumindest offen gelassen werden.

Während die Vereinbarungen mit den Evangelischen Kirchen bereits in dem Staatsvertrag von 1957 zusammengefasst worden sind, hat Schleswig-Holstein (als nahezu einziges Bundesland) bisher keinen Staatsvertrag mit der Römisch-Katholischen Kirche geschlossen, vielmehr wird der Staatsvertrag mit der Evangelischen Kirche analog angewendet. Der Landesrechnungshof hat das Fehlen einer staatsvertraglichen Grundlage im Zuge seiner Prüfung der Landeszuschüsse an die Kirchen kritisiert und ausdrücklich empfohlen, Vertragsverhandlungen mit der Römisch-Katholischen Kirche aufzunehmen, die in Schleswig-Holstein rund 173.000 Mitglieder hat und damit nach der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (mit rund 1,5 Millionen Mitgliedern) die zweitgrößte Religionsgemeinschaft ist.

B. Lösung

Zur Lösung der beschriebenen Problematik sollte ein Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl geschlossen werden. Im März 2006 haben Ministerpräsident Carstensen und der Apostolische Nuntius sich darauf verständigt, entsprechende Verhandlungen einzuleiten.

Im Herbst 2006 hat die Römisch-Katholische Kirche einen **Vertragsentwurf** vorgelegt, der sich an dem mit Hamburg geschlossenen Vertrag orientiert. Im Zuge seiner Vertragsverhandlungen hat der Hamburger Senat sich u. a. auch mit den Rechtsfragen zur Fortgeltung des Konkordats intensiv auseinandergesetzt. Das Ergebnis dieser Prüfungen, das als rechtliche Grundlage für die Vertragsverhandlungen in Schleswig-Holstein übernommen wurde, hat auch Auswirkungen auf die Regelung der Staatsleistungen gehabt. Hier hat das Land, anders als die Freie und Hansestadt Hamburg, weiterhin finanzielle Ablöseverpflichtungen gegenüber der Katholischen Kirche zu erfüllen, was in Artikel 19

des vorgelegten Vertrages dem Grunde nach entsprechend festgehalten worden ist. Hinsichtlich der Höhe der Staatsleistungen wurde vereinbart, dass jede Vertragspartei das Recht hat, die andere Seite im Rahmen der Freundschaftsklausel um Gespräche über eine mögliche Anpassung zu ersuchen. Im Hamburger Vertrag wurden die Staatsleistungen im Vertragstext selbst ausgeklammert; ein gesondertes Schlussprotokoll erläutert hierzu die spezifischen historischen Rechtsbeziehungen zwischen der Katholischen Kirche und der Freien und Hansestadt Hamburg. Demgegenüber wurde in Schleswig-Holstein angestrebt, alle anstehenden Fragen unmittelbar im Staatsvertrag zu regeln und auf ein Schlussprotokoll zu verzichten. Auf diese Weise sollte nach Auffassung der Verhandlungsdelegationen eine größtmögliche Transparenz für alle Beteiligten gewährleistet werden.

Unter der Leitung von Weihbischof Dr. Jaschke und dem Chef der Staatskanzlei sowie unter Beteiligung der zuständigen Fachministerien wurden die Verhandlungspunkte thematisch geordnet und in insgesamt acht Verhandlungsrunden beraten. Die Protokolle zu den einzelnen Verhandlungsrunden wurden zwischen den Delegationen abgestimmt und von den Delegationsleitern unterzeichnet, so dass der Inhalt der Besprechungen und das dokumentierte gemeinsame Verständnis der Verhandlungsdelegationen vollständig nachvollzogen werden kann.

In der ersten Verhandlungsrunde hatten die Delegationen sich auf folgende **Leitlinien** verständigt, an denen die Vertragsverhandlungen sich orientieren sollten:

- Die Katholische und die Evangelische Kirche sollen möglichst gleich behandelt werden. Davon abweichende Regelungen sollen lediglich getroffen werden, wenn
 - a. religiöse Gründe oder unterschiedliche Strukturen der Kirchenorganisationen dies bedingen,
 - b. sich im Laufe der Zeit zusätzlicher bzw. anderer Regelungsbedarf ergeben hat
 - c. oder redaktionelle Gesichtspunkte dies geboten erscheinen lassen.

- In dem zu schließenden Vertrag soll das Land keine finanziellen Verpflichtungen eingehen, die über die jetzigen Staatsleistungen (von jährlich ca. 190.000 €) hinausgehen.
- Es soll ein moderner „schlanker“ Vertrag angestrebt werden, d. h. in den Vertrag soll nur aufgenommen werden, was tatsächlich einer Regelung bedarf und nicht bereits anderweitig geordnet ist.

Der vorliegende Vertrag entspricht diesen Leitlinien weitgehend:

- Zwar wurden auf Wunsch der Katholischen Kirche zum Teil auch Vereinbarungen in den Vertrag aufgenommen, zu denen es bereits anderweitig (gesetzliche) Regelungen gibt; dafür enthält der Vertrag – anders als im ursprünglichen Entwurf der Katholischen Kirche vorgesehen – kein Schlussprotokoll, so dass insoweit dem „Schlankheitsgebot“ entsprochen wurde.
- Nach dem Vertrag wird das Land keine finanziellen Verpflichtungen eingehen, die über die jetzigen Staatsleistungen (ca. 190.000 €) hinaus gehen. Allerdings enthält Artikel 19 aufgrund der beabsichtigten Gleichbehandlung mit der Evangelischen Kirche eine Dynamisierungsklausel entsprechend dem mit der Evangelischen Kirche geschlossenen Staatsvertrag von 1957.
- Von einer ausdrücklichen Verpflichtung der Kommunen durch den Staatsvertrag wurde im Hinblick auf die sich aus dem Konnexitätsprinzip möglicherweise ergebenden finanziellen Folgen für das Land abgesehen. Hinsichtlich einer ausdrücklichen Verpflichtung des Landtages hatte der Landtagspräsident in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses auf eine entsprechende Anfrage der Staatskanzlei mit Schreiben vom 10. Dezember 2007 mitgeteilt, dass er – wie die Staatskanzlei – der Auffassung sei, dass „die in dem Staatsvertrag begründeten Verpflichtungen ... sich nach der Ratifizierung durch den Landtag grundsätzlich auf alle Verfassungsorgane des Landes (erstrecken), so dass eine gesonderte Verpflichtung des Landtages nicht erforderlich“ erscheine.
- Eine Laufzeit des Vertrages wurde nicht ausdrücklich vereinbart. In dem entsprechenden Verhandlungsprotokoll ist festgehalten, dass die Verhandlungsdelegationen übereinstimmend davon ausgingen, dass der zu

schließende Vertrag in seiner inhaltlichen Substanz grundsätzlich unbedingte gelten sollte und dass aufgrund geänderter Umstände gegebenenfalls erforderliche Anpassungen einzelner Vertragsregelungen – z. B. in fiskalischen Angelegenheiten - entsprechend der in Artikel 22 vorgesehenen Freundschaftsklausel vorgenommen werden können.

Anmerkungen zu **einzelnen Vertragsbestimmungen**:

- In der **Präambel** findet (im letzten Spiegelstrich) mit dem Hinweis auf „die globale Verantwortung für die Schöpfung“ der Umweltschutz erstmalig in Schleswig-Holstein Erwähnung in einem Staatskirchenvertrag.
- **Artikel 1 und 2** bekräftigen die Verfassungsbestimmungen zur Glaubensfreiheit und zum Selbstverwaltungsrecht der Kirche.
- **Artikel 3** unterstreicht die Bedeutung des Sonn- und Feiertagsschutzes. Hierzu hat die Katholische Kirche die klare Erwartung formuliert, dass diese Bedeutung auch in anderen gesetzlichen Bestimmungen und in der Verwaltungspraxis ihren Niederschlag finden sollte.
- In **Artikel 4** wird in Absatz 4 klargestellt, dass das Land auch bei einer Übertragung von Aufgaben auf andere Rechtsträger im Rahmen seiner Möglichkeiten auf die Einhaltung der Inhalte und Ziele dieses Vertrages zu achten hat.
- Die Regelungen zum Religionsunterricht in **Artikel 5** wurden in mehreren Verhandlungsrunden intensiv mit dem Bildungsministerium erörtert. Dem dabei gefunden Kompromiss in Absatz 4 hat die Verhandlungsdelegation der Katholischen Kirche im Hinblick auf die angestrebte rechtliche Gleichstellung der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass der mit der Evangelischen Kirche geschlossene Staatsvertrag im Sinne der hier vereinbarten Regelung gleichregelmäßig angepasst wird. Andernfalls besteht Einvernehmen darüber, dass die Gleichstellung über die Anwendung der Paritätsklausel (Art. 21) herbeigeführt wird.
- Auf eine ausdrückliche Erweiterung der Regelungen zu den Katholischen Schulen in **Artikel 6** auf andere Bildungseinrichtungen wurde in Ermangelung derartiger Einrichtungen in Schleswig-Holstein verzichtet.

- Die Regelungen in den **Artikeln 7, 8, 9, 10 und 11** geben der tatsächlich geübten Praxis eine staatsvertragliche Grundlage. Dies gilt auch für den in Artikel 10 Absatz 3 genannten „Anspruch auf Förderung nach den gleichen Bedingungen wie andere staatliche oder freie Einrichtungen der Wohlfahrtspflege“, der als Zuwendungsfinanzierung gemäß § 44 LHO zu verstehen ist. Da die geltenden Zuwendungsregeln bereits jetzt von "gleichen Bedingungen" für alle Träger ausgehen, führt die vorgesehene Regelung nicht zu ergänzenden Ansprüchen der kirchlichen Einrichtungen.
- In den Verhandlungen zu **Artikel 12** (Stiftungsrecht) hat sich das Innenministerium nach intensiven Erörterungen bereit erklärt, einer Übertragung der Stiftungsaufsicht von rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts auf die Katholische Kirche zuzustimmen, wenn bei Errichtung der Stiftung das Besetzungsrecht für sämtliche Stiftungsorgane dauerhaft und überwiegend der Katholischen Kirche zugewiesen und die Stiftung der kirchlichen Aufsicht unterstellt ist.
- **Artikel 13** gibt die geltende Rechtslage und die tatsächliche Praxis zum kirchlichen Eigentumsrecht wieder.
- In **Artikel 14** wird der Katholischen Kirche als Eigentümerin kirchlicher Denkmäler mit kultischer Funktion (res sacrae) eine Privilegierung eingeräumt, die der allgemeinen Privilegierung für kirchliche Denkmäler der Evangelischen Kirche nach dem Staatsvertrag von 1957 entspricht. Auch hier hat die Verhandlungsdelegation der Katholischen Kirche im Hinblick auf die angestrebte rechtliche Gleichstellung der Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche ihre Zustimmung zur vereinbarten Regelung unter den Vorbehalt gestellt, dass der mit der Evangelischen Kirche geschlossene Staatsvertrag von 1957 im Sinne der hier vereinbarten Regelung gleichregelmäßig angepasst wird und andernfalls eine Gleichstellung über die Anwendung der Paritätsklausel (Art. 21) herbeigeführt wird.
- **Artikel 15** gibt die tatsächliche Praxis bzw. die geltende Rechtslage bei den kirchlichen Friedhöfen wieder.
- Die Regelungen zur Kirchensteuer in **Artikel 16** entsprechen der geübten Praxis und geben die geltende Rechtslage klarer wieder als die bestehenden Vereinbarungen mit der Evangelischen Kirche.

- Die Regelungen in **Artikel 17 und 18** entsprechen der tatsächlichen Praxis und der geltenden Rechtslage hinsichtlich Gebührenbefreiungen sowie Spenden und Sammlungen.
- Mit **Artikel 19** erhalten die vom Land zu leistenden Reparationszahlungen in Folge der Säkularisation eine staatsvertragliche Grundlage; zur Höhe der finanziellen Verpflichtungen wird auf die einleitenden Bemerkungen verwiesen.
- **Artikel 20** gibt die geltende Rechtslage und die tatsächliche Praxis beim Meldewesen und Datenschutz wieder.
- Die Paritätsklausel in **Artikel 21** soll eine angemessene Gleichbehandlung der anerkannten Religionsgemeinschaften sicherstellen.
- Die Freundschaftsklausel in **Artikel 22** entspricht der geübten Praxis und dem Klima der Vertragsverhandlungen.
- **Artikel 23** wurde intensiv diskutiert. Erörtert wurde dabei u. a. die Frage, inwieweit die Formulierung, das Reichskonkordat von 1933 und das Preußenkonkordat von 1929 blieben von dem zu schließenden Vertrag „unberührt“, rechtlichen Bedenken begegnen könnte, da insbesondere das Reichskonkordat von 1933 Bestimmungen, wie z.B. das Verbot einer Parteimitgliedschaft, enthält, die rechtlich umstritten sind und die Vereinbarung einer Fortgeltung des Reichskonkordats politisch fragwürdig erscheinen lassen könnten. Aus diesem Grund wurde mit dem vorliegenden Vertrag - anders als im ursprünglichen Entwurf der Katholischen Kirche vorgesehen - bewusst davon abgesehen, die Fortgeltung des Reichskonkordats festzuschreiben. Darüber hinaus wurde mit **Artikel 24**, demzufolge „mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages ... die seinen Bestimmungen entgegenstehenden Vorschriften außer Kraft“ treten, sichergestellt, dass alle als rechtswidrig anzusehenden Konkordatsbestimmungen mit dem Abschluss des neuen Staatsvertrags außer Kraft gesetzt werden.

C. Alternativen

Bei dem vorliegenden Vertrag handelt es sich um einen Staatsvertrag, der nach Artikel 24 Absatz 1 Satz 1 der Ratifikation bedarf. Sofern also der Landtag nicht zustimmt, tritt der Vertrag nicht in Kraft und die eingangs beschriebene Problematik bleibt bis auf weiteres bestehen.

D. Kosten und Verwaltungsaufwand

1. Kosten

Mit der Regelung in Artikel 19 des Staatsvertrags geht das Land keine finanziellen Verpflichtungen ein, die über die jetzigen Staatsleistungen (ca. 190.000 €) hinausgehen. Allerdings ist aufgrund der beabsichtigten Gleichbehandlung mit der Evangelischen Kirche eine Dynamisierungsklausel entsprechend dem Staatsvertrag von 1957 vorgesehen.

2. Verwaltungsaufwand

Mit dem Staatsvertrag entsteht kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand.

3. Auswirkungen auf die private Wirtschaft

Keine.

E. Information des Landtages nach Artikel 22 der Landesverfassung

Der Landtag wurde mit Schreiben vom 5. Mai 2008 und 24. September 2008 über den Stand der Verhandlungen und die Absicht zur Unterzeichnung des Staatsvertrags durch die Landesregierung unterrichtet.

Federführung

Der Ministerpräsident

Entwurf
Gesetz
zum Vertrag
zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl

Vom

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Zustimmung zum Vertrag

Dem am 12. Januar 2009 unterzeichneten Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht. Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 24 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein bekannt zu machen.

§ 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel,

Peter Harry Carstensen
Ministerpräsident

Begründung

A. Allgemeine Begründung

Durch den Abschluss des Vertrags soll das umfangreiche, wenig überschaubare und teilweise aus früheren Jahrhunderten stammende Staatskirchenrecht im Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Land Schleswig-Holstein aktualisiert und transparenter gefasst werden.

B. Einzelbegründung

a) zu § 1

Dieses Gesetz regelt die Zustimmung des Landtages zu dem am 12. Januar 2009 unterzeichneten Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl. Der Vertrag tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Gleichzeitig treten die den Bestimmungen des Vertrags entgegenstehenden Vorschriften außer Kraft.

b) zu § 2

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Vertrag

Accordo

zwischen

fra

dem Land Schleswig-Holstein

il Land Schleswig-Holstein

und

e

dem Heiligen Stuhl

la Santa Sede

- 2 -

Das Land Schleswig-Holstein,
vertreten durch den Ministerpräsidenten
Peter Harry Carstensen,

und

der Heilige Stuhl,
vertreten durch den Apostolischen Nuntius
in Deutschland,
Erzbischof Dr. Jean-Claude Périsset,
Titularerzbischof von Justiniana prima,

- in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen der Katholischen Kirche und dem Land Schleswig-Holstein im Geiste freiheitlicher Partnerschaft zu festigen und fortzuentwickeln,
- in dem Bewusstsein der Eigenständigkeit von Staat und Kirche, im gegenseitigen Respekt vor ihrem Selbstbestimmungsrecht und in der Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Grundlage der vom Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland garantierten Stellung der Kirche im freiheitlich demokratischen Rechtsstaat,
- in der Achtung vor der Religionsfreiheit des Einzelnen sowie der Religionsgemeinschaften,
- in dem Anliegen, die Menschenwürde und die Menschenrechte zu achten und zu schützen,
- in der Einsicht, dass christlicher Glaube, christliches Leben und karitatives Wirken zugleich auch einen Beitrag zum Wohle des

Il Land Schleswig-Holstein,
rappresentato dal Ministro-Presidente,
Peter Harry Carstensen,

e

la Santa Sede,
rappresentata dal Nunzio Apostolico in
Germania,
Mons. Dott. Jean-Claude Périsset,
Arcivescovo titolare di Giustiniana prima,

- nel desiderio di consolidare e sviluppare le relazioni tra la Chiesa cattolica e il Land Schleswig-Holstein nello spirito di mutua cooperazione nella libertà,
- nella consapevolezza dell'autonomia dello Stato e della Chiesa, nel reciproco rispetto del loro diritto di autodeterminazione e nella disponibilità alla collaborazione sulla base della posizione della Chiesa, garantita dalla Legge Fondamentale per la Repubblica Federale di Germania, in uno Stato di diritto fondato sulla libertà e sulla democrazia,
- nel rispetto della libertà religiosa sia del singolo che delle comunità religiose,
- nel desiderio di rispettare e salvaguardare la dignità umana e i diritti dell'uomo,
- nella persuasione che, nella società pluralista, la fede cristiana, la vita cristiana e l'azione caritativa danno nello stesso tempo

- 3 -

Ganzen wie auch zur Stärkung des Gemeinsinns der Menschen in der pluralen Gesellschaft leisten,

- in dem Verlangen, damit auch zum friedlichen Aufbau eines immer enger zusammenwachsenden Europas beizutragen,

- in dem Wissen um die globale Verantwortung für die Schöpfung und im Eintreten für sie

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 **Glaubensfreiheit**

Das Land Schleswig-Holstein gewährt die Freiheit, den katholischen Glauben zu bekennen und auszuüben, und dem karitativen Wirken der Katholischen Kirche den Schutz durch Verfassung und Gesetz.

Artikel 2 **Selbstverwaltungsrecht**

(1) Die Katholische Kirche ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der bestehenden Gesetze.

(2) Die Katholische Kirche ist frei bei der Besetzung ihrer Ämter.

anche un contributo al bene comune come pure al rafforzamento del senso civico dei cittadini,

- nell'aspirazione di favorire in tal modo anche la costruzione pacifica di un'Europa che nel crescere si unisca sempre più strettamente,

- nella consapevolezza della responsabilità globale per il Creato e nell'impegno a favore di esso,

hanno concordato quanto segue:

Articolo 1 **Libertà di fede**

Il Land Schleswig-Holstein garantisce la libertà di professare e praticare la fede cattolica e dà la protezione costituzionale e legale all'azione caritativa della Chiesa cattolica.

Articolo 2 **Diritto di amministrazione autonoma**

(1) La Chiesa cattolica regola e amministra i propri affari autonomamente nell'ambito delle leggi vigenti.

(2) La Chiesa cattolica è libera nella provvista dei propri uffici.

- 4 -

Artikel 3**Sonn- und Feiertagsschutz**

Der gesetzliche Schutz der Sonntage, der staatlich anerkannten kirchlichen Feiertage und der kirchlichen Feiertage wird gewährleistet. Die Katholische Kirche und das Land Schleswig-Holstein stimmen dahingehend überein, dass Ruhe- und Besinnungszeiten von tragender Bedeutung auch für Gesellschaft und Staat sind.

Artikel 4**Zusammenwirken**

(1) Zur Klärung von Fragen und zur Vertiefung ihrer Beziehungen treffen sich der Erzbischof von Hamburg und die Landesregierung Schleswig-Holstein regelmäßig.

(2) Zur ständigen Vertretung seiner Anliegen unterhält der Erzbischöfliche Stuhl am Sitz der Landesregierung von Schleswig-Holstein gemäß Artikel 10 des Vertrages zwischen dem Heiligen Stuhl und der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung von Erzbistum und Kirchenprovinz Hamburg vom 22. September 1994 eine regionale Behörde, deren Leitung einem Ständigen Beauftragten des Erzbischofs anvertraut ist.

Articolo 3**Protezione della domenica e del giorno festivo**

È garantita per legge la protezione delle domeniche, delle festività ecclesiastiche riconosciute dallo Stato e delle festività ecclesiastiche. La Chiesa cattolica e il Land Schleswig-Holstein concordano nel ritenere che i tempi di riposo e di raccoglimento sono di primaria importanza anche per la società e per lo Stato.

Articolo 4**Collaborazione**

(1) L'Arcivescovo di Amburgo e il Governo del Land Schleswig-Holstein si incontrano regolarmente per il chiarimento di questioni e per l'approfondimento delle loro relazioni.

(2) A norma dell'articolo 10 dell'Accordo fra la Santa Sede e la Città Libera e Anseatica di Amburgo, il Land Meclemburgo-Pomerania Anteriore e il Land Schleswig-Holstein sull'erezione dell'Arcidiocesi di Amburgo e della Provincia Ecclesiastica di Amburgo del 22 settembre 1994, per la rappresentanza stabile dei propri interessi la Sede Arcivescovile di Amburgo mantiene presso la sede del Governo del Land Schleswig-Holstein un ufficio regionale, la cui direzione è affidata

- 5 -

(3) Die Landesregierung Schleswig-Holstein unterrichtet den Erzbischof beziehungsweise seinen Beauftragten rechtzeitig von ihren Gesetzgebungs- und anderen Vorhaben, welche die Belange der Katholischen Kirche unmittelbar berühren und hört sie an.

(4) Soweit das Land Schleswig-Holstein Aufgaben, die das staatskirchenrechtliche Verhältnis berühren, auf andere Rechtsträger überträgt oder bereits übertragen hat, wird es auch diesen gegenüber auf die Einhaltung der Inhalte und Ziele dieses Vertrages achten. Das Land wird der Katholischen Kirche rechtzeitig Gelegenheit geben, sich zu den Übertragungen, Ziel-, Leistungs- und anderen Vereinbarungen zu äußern.

Artikel 5

Religionsunterricht

(1) Katholischer Religionsunterricht ist gemäß Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen; er wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Katholischen Kirche erteilt.

ad un Incaricato Permanente dell'Arcivescovo.

(3) Il Governo del Land Schleswig-Holstein informa l'Arcivescovo o il suo Incaricato tempestivamente dei suoi progetti di legislazione o di altro genere, che toccano direttamente gli interessi della Chiesa cattolica, e li consulta.

(4) Se il Governo del Land Schleswig-Holstein trasferisce o ha già trasferito ad altri soggetti di diritto compiti che toccano il rapporto giuridico fra Chiesa e Stato, esso provvederà anche nei loro confronti, affinché i contenuti e le finalità del presente Accordo vengano rispettati. Il Land offre alla Chiesa cattolica in tempo utile la possibilità di esprimere il proprio parere circa i trasferimenti e circa gli accordi sulle finalità, sulle prestazioni e su altri aspetti.

Articolo 5

Insegnamento della religione

(1) A norma dell'articolo 7, comma 3, della Legge Fondamentale per la Repubblica Federale di Germania, l'insegnamento della religione cattolica è materia ordinaria nelle scuole pubbliche; esso viene impartito in conformità con i principi della Chiesa cattolica.

- 6 -

(2) Die Erteilung des Katholischen Religionsunterrichtes durch staatliche Lehrkräfte setzt die Zustimmung des Erzbischofs von Hamburg nach den kirchlichen Regelungen zur Erteilung der *Missio canonica* voraus. Wird der Katholische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen durch qualifizierte kirchlich bedienstete Lehrkräfte erteilt, erstattet das Land Schleswig-Holstein die Kosten im Rahmen der durch den Landeshaushalt hierfür bereit gestellten Mittel.

(3) Näheres zu Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 wird durch eine Vereinbarung mit dem Erzbischof von Hamburg geregelt.

(4) Hinsichtlich der für die Durchführung des Unterrichts erforderlichen Verwaltungsvorschriften, die den Katholischen Religionsunterricht betreffen, ist vor deren Erlass seitens der Landesregierung das Benehmen mit der Katholischen Kirche herzustellen. Die Inhalte der Lehrpläne und die Schulbücher für den Katholischen Religionsunterricht bedürfen nach Maßgabe von Absatz 1, 2. Halbsatz, des Einvernehmens mit der Katholischen Kirche.

(5) Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts behält die Katholische

(2) L'insegnamento della religione cattolica da parte di docenti statali presuppone l'approvazione dell'Arcivescovo di Amburgo secondo le regolamentazioni ecclesiastiche circa il conferimento della *missio canonica*. Se l'insegnamento della religione cattolica nelle scuole pubbliche è impartito da docenti qualificati al servizio della Chiesa, il Land Schleswig-Holstein rimborsa le spese nel quadro dei fondi a ciò assegnati attraverso il bilancio del Land.

(3) I particolari relativi al comma 1 e al comma 2, secondo periodo, vengono regolati mediante intesa con l'Arcivescovo di Amburgo.

(4) Per quanto concerne le prescrizioni amministrative richieste per l'attuazione dell'insegnamento, che riguardano l'insegnamento della religione cattolica, prima della loro emanazione da parte del governo del Land si deve raggiungere l'intesa con la Chiesa cattolica. I contenuti dei piani di studio e i libri di testo per l'insegnamento della religione cattolica necessitano dell'accordo con la Chiesa cattolica, a norma del comma 1, seconda proposizione.

(5) Fatto salvo il diritto statale di controllo, la Chiesa cattolica mantiene il diritto di

- 7 -

Kirche das Recht der Einsichtnahme in den Katholischen Religionsunterricht der öffentlichen Schulen. Das Land bestellt auf Vorschlag und im Einvernehmen mit der Katholischen Kirche geeignete Lehrkräfte für diese Aufgabe.

Artikel 6
Katholische Schulen

Schulen in der Trägerschaft der Katholischen Kirche werden im Rahmen des geltenden Rechts anerkannt und gefördert.

Artikel 7
Hochschulausbildung

(1) Die Katholische Kirche hat das Recht, eigene Hochschulen zu unterhalten. Die staatliche Anerkennung dieser Hochschulen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Das Land Schleswig-Holstein wird die bestehende Ausbildung im Fach Katholische Theologie und ihre Didaktik weiterhin fördern. Das Nähere vereinbaren die Vertragsparteien bei Bedarf. Sofern über einen Zeitraum von fünf Jahren eine angemessene Zahl von Studierenden nicht erreicht wird, wird über die Aufrechterhaltung des Studienangebots neu verhandelt.

ispezione sull'insegnamento della religione cattolica delle scuole pubbliche. Su proposta e di concerto con la Chiesa cattolica, il Land nomina insegnanti idonei per questo compito.

Articolo 6
Scuole cattoliche

Scuole in gestione della Chiesa cattolica vengono riconosciute e promosse nel quadro del diritto vigente.

Articolo 7
Formazione universitaria

(1) La Chiesa cattolica ha il diritto di avere istituzioni sue proprie a livello universitario. Il riconoscimento statale di dette istituzioni universitarie avviene in conformità con le disposizioni di legge.

(2) Il Land Schleswig-Holstein continuerà a promuovere l'esistente formazione nella materia Teologia cattolica e sua didattica. Le Parti contraenti concordano i particolari in caso di bisogno. Qualora in un lasso di tempo di cinque anni non venga raggiunto un adeguato numero di studenti, si tratterà nuovamente circa il mantenimento dell'offerta di studio.

- 8 -

(3) Beide Vertragsparteien sind offen für Kooperationen mit den in anderen Ländern bestehenden oder noch einzurichtenden Ausbildungsstätten.

Artikel 8

Seelsorge in besonderen Einrichtungen

(1) In öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Polizeiausbildungsstätten, Justizvollzugsanstalten, Einrichtungen des Maßregelvollzugs und sonstigen Einrichtungen des Landes gewährleistet das Land Schleswig-Holstein der Katholischen Kirche, dort seelsorgerlich tätig zu sein. Die Katholische Kirche ist auch zu Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen berechtigt. Artikel 4 Absatz 4 gilt entsprechend.

(2) Um die seelsorgerliche Betreuung zu ermöglichen, teilt die Einrichtung der zuständigen kirchlichen Stelle die Namen der Personen mit, die sich zum Katholischen Glauben bekennen und in die Mitteilung eingewilligt haben.

(3) Der Zutritt zu Justizvollzugsanstalten, zu Einrichtungen des Maßregelvollzugs oder zu Polizeieinrichtungen setzt das Einverständnis der zuständigen Behörde zur Person des Seelsorgers voraus; das Einverständnis kann nur aus wichtigem Grund versagt oder widerrufen werden. Der Zutritt zu sonstigen

(3) Entrambe le Parti contraenti sono aperte a collaborazioni con i centri di formazione esistenti o ancora da erigere in altri Länder.

Articolo 8

Cura d'anime in istituzioni speciali

(1) In istituzioni pubbliche quali ospedali, istituzioni di cura, centri di formazione della polizia, istituti di prevenzione e pena, istituzioni di correzione e altre istituzioni del Land, il Land Schleswig-Holstein garantisce alla Chiesa cattolica di esercitarvi l'attività pastorale. La Chiesa cattolica ha altresì il diritto di tenere celebrazioni liturgiche e manifestazioni religiose. L'Articolo 4, comma 4, vale in modo corrispondente.

(2) Per rendere possibile l'assistenza pastorale, l'istituzione notifica al competente ufficio ecclesiastico i nomi delle persone, che si dichiarano di fede cattolica ed hanno acconsentito alla notificazione.

(3) L'accesso a istituti di prevenzione e pena, a istituzioni di correzione o a istituzioni della polizia presuppone il consenso della competente autorità circa la persona dell'incaricato pastorale; tale consenso può essere rifiutato o revocato soltanto per un motivo importante. L'accesso

- 9 -

öffentlichen Einrichtungen erfolgt im Benehmen mit dem Träger.

Artikel 9

Seelsorger- und Beichtgeheimnis

Das Land Schleswig-Holstein respektiert das Seelsorgergeheimnis. Geistliche, ihre Gehilfen und die Personen, die zur Vorbereitung auf den Beruf an der berufsmäßigen Tätigkeit teilnehmen, sind berechtigt, ihr Zeugnis über dasjenige zu verweigern, was ihnen in der Beichte oder in ihrer seelsorgerlichen Tätigkeit anvertraut worden oder bekannt geworden ist. Das Beichtgeheimnis wird gewährleistet.

Artikel 10

Kirchliche Wohlfahrtspflege

(1) Die Katholische Kirche und ihre Einrichtungen nehmen in Erfüllung ihres Auftrages Aufgaben der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sowie der Familienförderung und der Ausländerseelsorge wahr. Sie unterhalten dafür Heime, Krankenhäuser, Dienste und sonstige Einrichtungen.

(2) Die Katholische Kirche und ihre Einrichtungen nehmen in Erfüllung ihres Auftrages Aufgaben als anerkannte Träger der freien Jugendhilfe wahr.

ad altre istituzioni pubbliche ha luogo di concerto con il gestore.

Articolo 9

Segreto dell'incaricato pastorale e della confessione

Il Land Schleswig-Holstein rispetta il segreto dell'incaricato pastorale. Gli ecclesiastici, i loro assistenti e le persone che in preparazione alla professione partecipano all'attività professionale, hanno facoltà di rifiutare la propria testimonianza su quanto è stato loro confidato o è diventato noto nella confessione oppure nella loro attività pastorale. Il segreto della confessione viene garantito.

Articolo 10

Assistenza sociale gestita dalla Chiesa

(1) Nell'adempimento della loro missione, la Chiesa cattolica e le sue istituzioni svolgono compiti di assistenza sanitaria e sociale come anche di promozione della famiglia e di cura pastorale degli stranieri. A tal fine mantengono case di assistenza, ospedali, servizi e altre istituzioni.

(2) Nell'adempimento della loro missione, la Chiesa cattolica e le sue istituzioni svolgono compiti come gestori riconosciuti dell'assistenza non statale alla gioventù.

- 10 -

(3) Einrichtungen der Katholischen Kirche haben Anspruch auf Förderung nach den gleichen Bedingungen wie andere staatliche oder freie Einrichtungen der Wohlfahrtspflege.

(4) Ein nach Verfassung oder Gesetz bestehender Vorrang in der Aufgabenerfüllung für die freien Träger der Wohlfahrtspflege ist von allen öffentlichen Stellen zu beachten.

Artikel 11 **Rundfunk**

(1) Das Land Schleswig-Holstein wird darauf hinwirken, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die privaten Rundfunkveranstalter der Katholischen Kirche angemessene Sendezeiten für die Übertragung gottesdienstlicher Handlungen und Feierlichkeiten sowie für sonstige religiöse Sendungen, auch zu Fragen der öffentlichen Verantwortung der Katholischen Kirche, gewähren.

(2) Das Recht der Katholischen Kirche, eigenen Rundfunk und moderne Kommunikationsmittel nach Maßgabe der Gesetze zu betreiben oder sich an Rundfunkveranstaltern zu beteiligen, bleibt unberührt.

(3) Le istituzioni della Chiesa cattolica hanno diritto a sovvenzioni alle medesime condizioni delle altre istituzioni statali o non statali dell'assistenza sociale.

(4) Una precedenza nell'espletamento dei compiti, esistente a favore dei gestori non statali dell'assistenza sociale a norma della Costituzione o della legge, deve essere rispettata da tutti gli uffici pubblici.

Articolo 11 **Radiotelevisione**

(1) Il Land Schleswig-Holstein si adopererà affinché gli enti radiotelevisivi di diritto pubblico e le emittenti radiotelevisive private concedano alla Chiesa cattolica congrui tempi di trasmissione sia per cerimonie liturgiche e per celebrazioni che per altri programmi religiosi, anche su questioni riguardanti la responsabilità pubblica della Chiesa.

(2) Rimane intatto il diritto della Chiesa cattolica di gestire a norma di legge radiotelevisioni e moderni mezzi di comunicazione propri o di partecipare ad emittenti radiotelevisive.

- 11 -

(3) Das Land Schleswig-Holstein wird sich dafür einsetzen, dass in der Programmgestaltung der Rundfunkanstalten sittliche, moralische und religiöse Werte geachtet werden und dass die Katholische Kirche in den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten angemessen vertreten ist.

Artikel 12

Kirchliche Körperschaften

(1) Das Land Schleswig-Holstein erkennt das Recht der Katholischen Kirche zur Bildung eigener juristischer Personen an.

(2) Das Erzbistum, der Erzbischöfliche Stuhl und das Metropolitankapitel sind Körperschaften des öffentlichen Rechts; ihr Dienst ist öffentlicher Dienst eigener Art. Das gilt ebenso für die Kirchengemeinden sowie für die aus ihnen gebildeten Verbände.

(3) Kirchliche Stiftungen der Katholischen Kirche sind solche, wenn sie von ihr errichtet oder als kirchliche Stiftung anerkannt werden. Von der Katholischen Kirche errichtete Stiftungen sind rechtsfähig als

- a) Stiftung bürgerlichen Rechts nach Maßgabe staatlichen Rechts oder
- b) öffentlich-rechtliche Stiftung, wenn sie ihren Sitz im Land Schleswig-Holstein haben und durch ihre Satzung

(3) Il Land Schleswig-Holstein si adopererà per far sì che nella elaborazione dei programmi degli enti radiotelevisivi siano rispettati i valori etici, morali e religiosi e che la Chiesa cattolica sia rappresentata adeguatamente negli organi di sorveglianza degli enti radiotelevisivi.

Articolo 12

Enti giuridici ecclesiastici

(1) Il Land Schleswig-Holstein riconosce il diritto della Chiesa cattolica di costituire persone giuridiche proprie.

(2) L'Arcidiocesi, la sede archiepiscopale e il capitolo metropolitano sono enti di diritto pubblico; il loro servizio è servizio pubblico di natura propria. Ciò vale egualmente sia per le parrocchie e simili comunità ecclesiastiche che per le associazioni da esse formate.

(3) Fondazioni ecclesiastiche della Chiesa cattolica sono tali, se vengono da essa erette o riconosciute come fondazioni ecclesiastiche. Fondazioni erette dalla Chiesa cattolica hanno capacità giuridica come

- a) fondazione di diritto civile a norma del diritto statale o
- b) fondazione di diritto pubblico, qualora abbiano la loro sede nel Land Schleswig-Holstein e offrano, attraverso il loro

- 12 -

die Gewähr der Dauer bieten.

Die Aufsicht über die kirchlichen Stiftungen nach Satz 2 führt der Erzbischof von Hamburg. Dies gilt auch für rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, die als kirchliche Stiftung durch die Katholische Kirche anerkannt sind, wenn bei Errichtung der Stiftung das Besetzungsrecht für sämtliche Stiftungsorgane dauerhaft und überwiegend der Katholischen Kirche zugewiesen und die Stiftung der kirchlichen Aufsicht unterstellt ist. Bei Stiftungen nach Satz 2 Buchst. a) und Satz 4 bedürfen Genehmigungen von Satzungsänderungen über Zweck und Zweckerreichung, von Zusammen- und Zulegungen sowie von Auflösungen durch den Erzbischof von Hamburg des Einvernehmens mit der staatlichen Stiftungsaufsichtsbehörde. Bei rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts, die als kirchliche Stiftung anerkannt sind und die in Ermangelung der Voraussetzungen des Satzes 4 der staatlichen Stiftungsaufsicht unterliegen, bedürfen Maßnahmen der staatlichen Stiftungsaufsichtsbehörde des Einvernehmens mit dem Erzbischof von Hamburg.

(4) Beschlüsse über die Errichtung und Veränderung in dieser Weise anerkannter juristischer Personen zeigt das Erzbistum ebenso wie die von ihm erlassenen

statuto, garanzia di durata.

L'Arcivescovo di Amburgo esercita la sorveglianza sulle fondazioni ecclesiastiche di cui al secondo periodo. Ciò vale anche per le fondazioni di diritto civile con capacità giuridica, che sono riconosciute dalla Chiesa cattolica come fondazioni ecclesiastiche, quando all'erezione della fondazione il diritto di designazione per tutti gli organi della fondazione è attribuito in modo durevole e prevalente alla Chiesa cattolica e la fondazione è soggetta alla sorveglianza ecclesiastica. Quanto alle fondazioni di cui al secondo periodo, lettera a), e al quarto periodo, le autorizzazioni da parte dell'Arcivescovo di Amburgo per modifiche statutarie circa il fine e il raggiungimento del fine, per fusioni e incorporazioni come anche per scioglimenti necessitano del consenso dell'autorità statale per la sorveglianza delle fondazioni. Per le fondazioni di diritto civile con capacità giuridica, riconosciute come fondazioni ecclesiastiche e che in mancanza dei presupposti del quarto periodo sono soggette alla sorveglianza statale delle fondazioni, i provvedimenti dell'autorità statale per la sorveglianza delle fondazioni necessitano dell'accordo con l'Arcivescovo di Amburgo.

(4) L'Arcidiocesi notifica al Land le deliberazioni sull'erezione e sulla modifica delle persone giuridiche, riconosciute nella suddetta maniera, così come egualmente le

- 13 -

gesetzlichen Vorschriften über deren vermögensrechtliche Vertretung und Verwaltung dem Land an.

(5) Öffentlich-rechtliche Körperschaften, Stiftungen und Anstalten der Katholischen Kirche sind nach Maßgabe der Gesetze gemeinnützig. Über die Gemeinnützigkeit entscheidet im Zweifel das Finanzamt.

Artikel 13

Kirchliches Eigentumsrecht

(1) Das Land Schleswig-Holstein gewährleistet der Katholischen Kirche, ihren Kirchengemeinden, Anstalten und Stiftungen und sonstigen rechtsfähigen Vermögensträgern das Eigentum und andere Rechte gemäß Artikel 140 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.

(2) Bei der Anwendung enteignungsrechtlicher Vorschriften wird das Land Schleswig-Holstein die Belange der Katholischen Kirche berücksichtigen und im Falle eines Eingriffs bei der Beschaffung gleichwertiger Ersatzgrundstücke behilflich sein.

(3) Den Bedarf an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten des jeweils

prescrizioni di legge da essa emanate circa la loro rappresentanza giuridico-patrimoniale e la loro amministrazione.

(5) Enti, fondazioni e istituti di diritto pubblico della Chiesa cattolica sono di pubblica utilità a norma delle leggi. Circa la pubblica utilità decide, in caso di dubbio, l'ufficio fiscale.

Articolo 13

Diritto di proprietà ecclesiastica

(1) Alla Chiesa cattolica, alle sue parrocchie e simili comunità ecclesiastiche, istituti e fondazioni e ulteriori gestori patrimoniali con capacità giuridica, il Land Schleswig-Holstein garantisce la proprietà e altri diritti a norma dell'articolo 140 della Legge Fondamentale per la Repubblica Federale di Germania in connessione con l'articolo 138, capoverso 2, della Costituzione del Reich Germanico dell'11 agosto 1919.

(2) Nell'applicazione di prescrizioni relative al diritto di esproprio il Land Schleswig-Holstein terrà conto degli interessi della Chiesa cattolica, e nell'eventualità di un intervento presterà aiuto per la ricerca di terreni sostitutivi di uguale valore.

(3) Le Parti contraenti terranno conto in modo adeguato del bisogno, di ciascuna di

- 14 -

anderen werden die Vertragsparteien angemessen berücksichtigen.

Artikel 14 **Denkmalpflege**

Die Katholische Kirche und das Land Schleswig-Holstein tragen gemeinsam Verantwortung für den Schutz und den Erhalt der kirchlichen Denkmale. Kirchliche Denkmale im Sinne dieses Vertrags sind Denkmale mit kultischer Funktion (*res sacrae*) sowie durch diese geprägte Ensembles. Die Katholische Kirche wird der Erhaltung und Pflege kirchlicher Denkmale ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Sie wird Instandsetzungen, Veränderungen, Vernichtungen und Veräußerungen nur im Benehmen mit den Stellen der staatlichen Denkmalpflege vornehmen. Sie wird dafür sorgen, dass die Kirchengemeinden und die der erzbischöflichen Aufsicht unterstehenden juristischen Personen entsprechend verfahren. Im Übrigen finden auch auf den kirchlichen Bereich die Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes Anwendung, soweit der Erzbischof von Hamburg nicht im Benehmen mit dem Land Schleswig-Holstein eigene Vorschriften erlässt.

esse, di terreni e di diritti equiparati a terreni.

Articolo 14 **Cura dei monumenti**

La Chiesa cattolica e il Land Schleswig-Holstein hanno insieme la responsabilità per la salvaguardia e la conservazione dei monumenti ecclesiastici. Monumenti ecclesiastici ai sensi del presente Accordo sono monumenti con funzione culturale (*res sacrae*) così come i complessi da essi caratterizzati. La Chiesa cattolica dedicherà la sua particolare attenzione alla conservazione e alla cura dei monumenti ecclesiastici. Essa intraprenderà riparazioni, modifiche, distruzioni e vendite solo di concerto con gli uffici statali preposti alla cura dei monumenti. Essa si adopererà affinché le parrocchie e simili comunità ecclesiastiche e le persone giuridiche soggette alla sorveglianza arcivescovile agiscano in tal senso. Peraltro, le prescrizioni della legge sulla salvaguardia dei monumenti trovano applicazione anche nell'ambito ecclesiastico, qualora l'Arcivescovo di Amburgo non emani proprie prescrizioni di concerto con il Land Schleswig-Holstein.

- 15 -

Artikel 15**Kirchliche Friedhöfe**

(1) Friedhöfe der Katholischen Kirche unterstehen demselben Schutz wie kommunale und andere öffentliche Friedhöfe. Staatliche Maßnahmen, die kirchliche Friedhöfe betreffen, werden mit der Katholischen Kirche abgestimmt. Satz 2 gilt nicht für polizeiliche Maßnahmen; diese sollen im Benehmen mit der Katholischen Kirche getroffen werden.

(2) Die Katholische Kirche hat das Recht, im Rahmen des geltenden Rechts neue Friedhöfe einzurichten und bestehende Friedhöfe gegebenenfalls zu erweitern, zu verändern sowie zu betreiben und zu schließen. Das Erzbistum Hamburg stimmt sich darüber im Einzelfall mit der zuständigen Behörde ab.

(3) Die Träger von Friedhöfen der Katholischen Kirche können eigene Benutzungs- und Gebührenordnungen erlassen und öffentlich bekannt machen. Die Friedhofsgebühren werden auf Antrag im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen. Das Land Schleswig-Holstein bestimmt die Vollstreckungsbehörde.

(4) Bei der Bestattung haben im Rahmen des geltenden Rechts die in der Gemeinde

Articolo 15**Cimiteri ecclesiastici**

(1) I cimiteri della Chiesa cattolica sottostanno alla medesima protezione concessa ai cimiteri comunali e agli altri cimiteri pubblici. I provvedimenti statali riguardanti i cimiteri ecclesiastici vengono concordati con la Chiesa cattolica. Il secondo periodo non vale per i provvedimenti di polizia; questi devono essere presi di concerto con la Chiesa cattolica.

(2) La Chiesa cattolica ha il diritto, nel quadro della legislazione vigente, di istituire nuovi cimiteri, ed eventualmente di ampliare quelli esistenti, di trasformarli come anche di gestirli e di chiuderli. Al riguardo, l'Arcidiocesi si accorda nel singolo caso con la competente autorità.

(3) I gestori di cimiteri della Chiesa cattolica possono emanare propri regolamenti per l'uso e per le tariffe e renderli pubblici. Le tariffe cimiteriali vengono, su richiesta, rimosse con procedimento amministrativo di esecuzione forzata. Il Land Schleswig-Holstein stabilisce l'autorità competente per l'esazione.

(4) Nella sepoltura hanno la precedenza, nel quadro del diritto vigente, i membri defunti

- 16 -

verstorbenen Mitglieder der Katholischen Kirche Vorrang.

(5) Die Katholische Kirche hat das Recht, auf kommunalen und anderen öffentlichen Friedhöfen Bestattungsfeiern und sonstige Gottesdienste abzuhalten.

Artikel 16 **Kirchensteuer**

(1) Die Katholische Kirche ist berechtigt, nach Maßgabe der Gesetze von ihren Mitgliedern Kirchensteuern zu erheben.

(2) Die kirchlichen Steuergesetze und -verordnungen bedürfen der staatlichen Anerkennung. Sie kann ihnen versagt werden, wenn sie nicht mit den staatlichen Steuerbestimmungen in Einklang stehen.

(3) Kirchensteuern werden nach Maßgabe der Gesetze durch die Finanzämter verwaltet. Die Katholische Kirche erstattet dem Land die durch die Verwaltung der Kirchensteuern entstehenden Kosten. Diese Entschädigung wird grundsätzlich in Höhe eines Anteils am Kirchensteueraufkommen festgelegt.

(4) Die Verpflichtung Dritter, die Kirchensteuer zu erheben und abzuführen, richtet sich nach den Bestimmungen des Landesrechts.

della Chiesa cattolica del comune.

(5) La Chiesa cattolica ha il diritto di tenere cerimonie di sepoltura e altre celebrazioni liturgiche nei cimiteri comunali e in altri cimiteri pubblici.

Articolo 16 **Imposta ecclesiastica**

(1) La Chiesa cattolica ha il diritto di riscuotere, a norma di legge, dai propri membri imposte ecclesiastiche.

(2) Le leggi e i regolamenti ecclesiastici sulle imposte ecclesiastiche necessitano del riconoscimento da parte dello Stato. Questo può essere loro rifiutato se essi non sono in armonia con le disposizioni fiscali statali.

(3) Le imposte ecclesiastiche vengono amministrate dagli uffici fiscali a norma di legge. La Chiesa cattolica rimborsa al Land le spese derivanti dall'amministrazione delle imposte ecclesiastiche. Questo indennizzo è fissato, in linea di massima, nell'ordine di una porzione del gettito delle imposte ecclesiastiche.

(4) L'obbligo di terzi, di riscuotere e versare l'imposta ecclesiastica, si conforma alle disposizioni di legge del Land.

- 17 -

(5) Die Gemeinden oder Gemeindeverbände können die Verwaltung der örtlich erhobenen Kirchensteuern durch Vereinbarung mit den kirchlichen Stellen gegen Ersatz der entstehenden Kosten übernehmen.

(6) Sofern die Katholische Kirche Kirchensteuern selbst verwaltet, können diese auf Antrag der Katholischen Kirche durch die Finanzämter und im Fall der örtlich erhobenen Kirchensteuern durch die Gemeinden oder Gemeindeverbände vollstreckt werden.

(7) Die Finanzämter und die Gemeinden oder Gemeindeverbände geben den zuständigen kirchlichen Stellen im Rahmen des geltenden Rechts Auskunft in allen Kirchensteuerangelegenheiten. Die kirchlichen Stellen wahren das Steuergeheimnis.

Artikel 17 **Gebührenbefreiungen**

Auf Landesrecht beruhende Gebührenbefreiungen des Landes und der Gemeinden gelten auch für die Katholische Kirche, ihre Kirchengemeinden und die aus ihnen gebildeten Verbände, Anstalten und Stiftungen.

(5) I comuni o le associazioni di comuni possono assumere l'amministrazione delle imposte ecclesiastiche riscosse in loco attraverso intesa con gli uffici ecclesiastici dietro rimborso dei costi che ne derivano.

(6) Se la Chiesa cattolica stessa amministra le imposte ecclesiastiche, queste, su richiesta della Chiesa cattolica, possono essere riscosse in modo coattivo dagli uffici fiscali e, nel caso delle imposte ecclesiastiche, riscosse in loco, dai comuni o dalle associazioni di comuni.

(7) Gli uffici fiscali e i comuni o associazioni di comuni danno ai competenti uffici ecclesiastici, nel quadro del diritto vigente, informazioni su tutte le questioni relative alle imposte ecclesiastiche. Gli uffici ecclesiastici mantengono il segreto fiscale.

Articolo 17 **Esenzione da tributi**

Le esenzioni da tasse, basate sulla legislazione del Land e previste a favore del Land stesso e dei comuni, valgono anche per la Chiesa cattolica, per le sue parrocchie e simili comunità ecclesiastiche e per le associazioni da esse formate, per gli istituti e per le fondazioni.

- 18 -

Artikel 18
Spenden und Sammlungen

Die Katholische Kirche und ihre Einrichtungen sind berechtigt, bei ihren Mitgliedern und in der Öffentlichkeit freiwillige Gaben für ihre Zwecke zu sammeln.

Artikel 19
Staatsleistungen

(1) Das Land Schleswig-Holstein zahlt wie bisher zur Abgeltung der Ansprüche des Erzbistums Hamburg auf Staatsleistungen nach Artikel 4 Abs. 1 und 3 des Vertrages des Heiligen Stuhles mit dem Freistaat Preußen vom 14. Juni 1929 weiterhin einen jährlichen Gesamtbetrag als Staatsleistung. Die Staatsleistung beträgt im Jahr 2008 insgesamt 190.000 € (in Worten: einhundertneunzigtausend EURO). Ändert sich die Besoldung der Beamtinnen und Beamten im Landesdienst, so ändert sich die Staatsleistung entsprechend.

(2) Für eine Ablösung gemäß Artikel 140 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 bleibt die bisherige Rechtslage maßgebend. Das Land Schleswig-Holstein wird eine Ablösung

Articolo 18
Offerte e collette

La Chiesa cattolica e le sue istituzioni hanno il diritto di raccogliere, presso i propri membri e in pubblico, donazioni volontarie destinate ai propri fini.

Articolo 19
Contributi statali

(1) Il Land Schleswig-Holstein continua a versare come finora, a saldo dei diritti dell'Arcidiocesi di Amburgo a prestazioni finanziarie statali secondo l'articolo 4, capoversi 1 e 3, della Solenne Convenzione fra la Santa Sede e la Prussia del 14 giugno 1929, una somma complessiva annuale come contributo statale. Il contributo statale ammonta, nell'anno 2008, complessivamente a 190.000 € (in parole: centonovantamila EURO). Se cambia la retribuzione delle funzionarie e dei funzionari a servizio del Land, cambia in modo corrispondente il contributo statale.

(2) Per un'indennità a norma dell'articolo 140 della Legge Fondamentale per la Repubblica Federale di Germania in connessione con l'articolo 138, capoverso 1, della Costituzione del Reich Germanico dell'11 agosto 1919 rimane vincolante la situazione giuridica finora esistente. Il Land

- 19 -

nicht ohne Zustimmung der Katholischen Kirche durchführen.

Artikel 20 **Meldewesen**

Der Katholischen Kirche werden zur Unterstützung eines eigenen Meldewesens nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Daten aus dem Melderegister gebührenfrei übermittelt.

Artikel 21 **Parität**

Gewährt das Land Schleswig-Holstein anderen Religionsgemeinschaften über diesen Vertrag hinausgehende Leistungen und Rechte, werden die Vertragsparteien gemeinsam prüfen, ob wegen des Grundsatzes der Parität Änderungen dieses Vertrages sachgerecht sind.

Artikel 22 **Freundschaftsklausel**

Die Vertragsparteien werden zwischen ihnen in Zukunft etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages auf freundschaftliche Weise ausräumen.

Schleswig-Holstein non effettuerà un'indennità senza il consenso della Chiesa cattolica.

Articolo 20 **Dati anagrafici**

Alla Chiesa cattolica vengono trasmessi gratuitamente, a sostegno di una sua propria anagrafe nei termini delle prescrizioni di legge, i dati anagrafici necessari per l'espletamento dei suoi compiti.

Articolo 21 **Parità**

Se il Land Schleswig-Holstein concede ad altre comunità religiose prestazioni e diritti superiori a quanto previsto dal presente Accordo, le Parti contraenti esamineranno insieme se in virtù del principio di parità siano opportune modifiche del presente Accordo.

Articolo 22 **Clausola della composizione amichevole**

Le Parti contraenti elimineranno in via amichevole le divergenze d'opinione, che sorgessero eventualmente fra di esse in avvenire circa l'interpretazione o l'applicazione del presente Accordo.

- 20 -

Artikel 23**Geltung anderer Verträge**

Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich vom 20. Juli 1933, der Vertrag des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhl vom 14. Juni 1929 und der Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung von Erzbistum und Kirchenprovinz Hamburg vom 22. September 1994 bleiben unberührt.

Artikel 24**Inkrafttreten**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht. Der Vertrag tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages treten die seinen Bestimmungen entgegenstehenden Vorschriften außer Kraft.

Articolo 23**Vigenza di altri Accordi**

Restano intatti il Concordato fra la Santa Sede ed il Reich Germanico del 20 luglio 1933, la Solenne Convenzione fra la Santa Sede e la Prussia del 14 giugno 1929 e l'Accordo fra la Santa Sede e la Città Libera e Anseatica di Amburgo, il Land Mecklenburgo-Pomerania Anteriore e il Land Schleswig-Holstein sull'erezione dell'Arcidiocesi e della Provincia Ecclesiastica di Amburgo del 22 settembre 1994.

Articolo 24**Entrata in vigore**

(1) Il presente Accordo necessita di ratifica. Gli strumenti di ratifica saranno scambiati quanto prima. L'Accordo entra in vigore il giorno successivo allo scambio degli strumenti di ratifica

(2) Con l'entrata in vigore del presente Accordo cessano di vigere le norme che sono contrarie alle sue disposizioni.

- 21 -

Geschehen zu Kiel, am 12. Januar 2009, in zwei Urschriften, jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

La presente convenzione è stata sottoscritta il 12 gennaio 2009 a Kiel in doppio originale, ciascuno in lingua tedesca e italiana, i cui testi fanno ugualmente fede.



Für das Land Schleswig-Holstein



Peter Harry Carstensen
Ministerpräsident



Für den Heiligen Stuhl



Erzbischof Dr. Jean-Claude Périsset
Apostolischer Nuntius in Deutschland